Kleingärtner in Quelle bangen um ihre Lauben

Durch Mißverständnisse »illegal« errichtet – Suche nach Lösungen

Brackwede (ist). Guter Rat ist (wieder einmal) teuer: Was tun mit einer Kleingartenanlage, die sich ganz nett ins Landschaftsbild fügt, (fast) keinen stört, auf der mittlerweile drei Parzellenpächter hübsche Holzhäuschen gebaut haben, weitere dies noch tun möchten... – die aber nie als Kleingartenanlage genehmigt worden ist? Nachdem sie in der vorausgegangenen Oktober-Sitzung nichtöffentlich über diesen in Quelle am Kleinen Kampweg, unmittelbar an der Steinhagener Ortsgrenze beheimateten Fall informiert worden waren, beschäftigten sich die Brackweder Bezirksvertreter nun am Donnerstagabend während ihrer jüngsten Sitzung auch öffentlich damit. Grundlage war ein von der SPD eingebrachter Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, die Sache zu legalisieren und außerdem zu prüfen, ob eine Erweiterung möglich wäre. Beschlossen wurde letztendlich auf Einspruch der CDU hin, die mit diesem Antrag die Schaffung eines Präzedenzfalles befürchtete und zunächst nähere Informationen verlangte, daß die Verwaltung zur nächsten Sitzung erst einmal ausführlich darüber berichten soll, welche Wege zum Erhalt der Anlage beschritten werden könnten. Dieser Beschluß fiel einstimmig.

Zur Vorgeschichte: Queller Bürger, seit langem auf der Suche nach Kleingartengelände, das ihnen von der Stadt bislang nicht zur Verfügung gestellt werden konnte, fanden bei der Eigentümerin des fraglichen Grundstückes ein offenes Ohr und machten mit ihr einen Pachtvertrag. Probleme schienen nicht in Sicht, zumal die Grundeigentümerin bei telefonischer Anfrage an das Bauordnungsamt erfahren hatte, daß Gartenhäuschen von nicht mehr als 30 Kubikmeter umbautem Raum auch keiner besonderen Genehmigung bedürften. das stimmt auch – sofern es sich um Grundstückslagen im Kernbereich und nicht im Außenbereich handelt. Letzteres liegt allerdings am Kleinen Kampweg vor. Nichts ahnend von diesem Pferdefuß, bauten alsbald die ersten Kleingärtner ihre schmucken Holzhäuschen. Drei stehen mittlerweile, weitere sollten folgen. »Doch kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem lieben Nachbarn nicht gefällt«, zitierte zum weiteren Heinrich Hamels (CDU) in der jüngsten Bezirksvertretersitzung ein altbekanntes Sprichwort. »Irgendwie« nämlich stieß die Verwaltung nun im Sommer auf die Mini-Anlage im hintersten Bielefelder Zipfel – Hamels: »Ich hab' mich gewundert, wie findig die Verwaltung ist, daß sie solch ein verstecktes Fleckchen überhaupt entdeckt hat« – und stellte bauordnungsamtlich und nunmehr schriftlich fest, was am Telefon – wie auch immer – nicht so detailliert übergekommen war, aber eben von grundsätzlicher Bedeutung ist: keine Hütte ohne Genehmigung im Außenbereich. Was steht, steht illegal und muß entfernt werden.

›Keinen Präzedenzfall schaffen‹

In der Bezirksvertretung wurde denn auch allseits bedauert, daß es durch Mißverständnisse zu dem – kommt das Urteil zum Tragen – für die Kleingärtner nicht nur ärgerlichen, sondern auch teuren Mißverständnis kam. SPD-Antragstellerin Jutta Krüger plädierte deshalb dafür, daß man schnellstens zu einer für die Leute zufriedenstellenden Lösung kommen müsse: »Wen stört die Anlage, es wird nichts zerstört, sondern aufgebaut. Es liegt keine Belastung für die Natur vor und die Familien haben sich ein Erholungsplätzchen im Grünen geschaffen, den Boden bewirtschaftet und etwas gepflanzt. Die ganze Anlage ist positiv zu bewerten.« Außerdem, so hob sie nochmals hervor, hätten die Bürger die Häuschen errichtet in dem Glauben, daß es rechtens sei.

Die Christdemokraten mochten sich dem wohl anschließen. Dafür, die Verwaltung nun gleich aufzufordern, die Häuschen und noch weitere zuzulassen, würden allerdings zu viele Informationen fehlen, meinte ihr Sprecher Detlef Helling: »Uns geht's nicht gegen die Kleingärten, aber man kann zu diesem Zeitpunkt nicht einfach sagen, Verwaltung mach' was. Hier würde ein Präzedenzfall geschaffen, der Schwierigkeiten brächte.« Auch Bezirksvorsteher Rolf Baumotte meinte: »Wir müssen zunächst die Verwaltung fragen, wie könnt ihr das in trockene Tücher bringen?« Und Bezirksamtsleiter Wolfgang Hünneke stellte klar, daß die Politiker die von ihnen beschlossenen Bebauungspläne ad absurdum führen würden, würde die Anlage jetzt ohne Umschweife legalisiert. Hünneke: »Dort ist so etwas nicht geplant.« Schnell könnten auch Wünsche nach Vereinshaus, Kanal und Erschließung laut werden und damit auch Kosten auf die Stadt zukommen.

Karl-Udo Priesmeier (SPD) unterstrich, daß mit der Eigeninitiative der Bürger ja eigentlich dem politischen Willen nach mehr Kleingärten in Quelle Rechnung getragen wurde. »Wir sollten das nicht auf die lange Bank schieben.« Für Thomas Seidenberg (FDP) war indes zunächst ein Anhörungsverfahren der richtige Weg, die Angelegenheit zu regeln.

Gefordert ist nach Beschlußlage nunmehr zunächst die Verwaltung, die nach legalen Möglichkeiten für den Erhalt der Häuschen und Gärten am Kleinen Kamp Ausschau halten und dann vortragen soll.